

I: Soziales

Frage: Was können Sie und Ihre Fraktion im Europäischen Parlament bewegen, um die soziale Gerechtigkeit in der EU zu stärken und sicherzustellen, dass soziale Standards und Arbeitsbedingungen europaweit verbessert werden?

Für eine moderne Arbeitswelt und ein sozial sicheres Europa wollen wir einen starken Arbeitsmarkt mit vielen sozialversicherten Beschäftigten und fair bezahlten Jobs. Wir setzen uns für arbeitsrechtliche und soziale Schutzstandards für alle Beschäftigten ein. Wir stehen für ein soziales Europa, in dem die Menschen arbeiten, die Wirtschaft brummt und so die Mitgliedstaaten mit ihren Steuereinnahmen einen leistungsfähigen Sozialstaat finanzieren können. So helfen wir Menschen in Not. Eine hohe Arbeitsbeschäftigung sorgt für starke soziale Sicherungssysteme. Die Tarifbindung wollen wir erhöhen.

Darüber hinaus gilt es die Arbeitnehmerfreizügigkeit zu verbessern. Wir wollen die Arbeitnehmermobilität in Europa stärken und die sozialversicherungs- und arbeitsrechtlichen Regelungen zur Entsendung von Arbeitnehmern vereinfachen. Dienstreisen und grenzüberschreitendes Arbeiten wollen wir erleichtern. Das hilft besonders Menschen in Grenzregionen. Arbeitsverhältnisse, die nur geschlossen oder aufrechterhalten werden, um in Deutschland missbräuchlich Sozialleistungen zu beziehen, werden wir beenden.

II: Soziales

Frage: Wie werden Sie die EU-Sozialpolitik verbessern, um die Lebensqualität der Bürger in Mönchengladbach zu erhöhen?

Wir sind davon überzeugt, dass eine gut funktionierende Wirtschaft und ein solider Haushalt sozialer Ungleichheit am besten entgegenwirken. Wichtig ist, dass Menschen gute Arbeitsplätze haben. Wenn wir durch eine nachhaltige Wirtschaftspolitik und einen funktionierenden europäischen Binnenmarkt überall in der EU eine positive Wirtschaftsentwicklung haben, können die Mitgliedstaaten durch Steuereinnahmen und Sozialbeiträge ihren Sozialstaat mit sicherer Rente, funktionierendem Gesundheitssystem und Hilfe für die Schwächsten finanzieren. Dagegen lehnen wir ab, die EU zu einer Schuldenunion zu machen. Denn dadurch verringert sich nicht die Ungleichheit, sondern es werden der jungen Generation Lasten auferlegt, die sie in Zukunft bezahlen müssen.

III. Soziales

Frage: Wie stehen Sie zu einer EU-Rente und einem EU-Mindestlohn?

CDU und CSU befürworten keinen gesetzlichen europäischen Mindestlohn. Nicht in allen EU-Mitgliedstaaten gibt es Mindestlöhne. Dänemark, Italien, Österreich, Finnland und Schweden haben gar keinen Mindestlohn. Grundsätzlich liegt es in der Verantwortung der Mitgliedstaaten, ob es einen Mindestlohn gibt und wie dieser angepasst wird. In Deutschland entscheidet nicht die Politik, sondern die Mindestlohnkommission über die Höhe des Mindestlohns.

Die Sozialsysteme der EU-Mitgliedstaaten sind historisch gewachsen und weisen entsprechend erhebliche Unterschiede auf. Europaweit einheitliche Vorgaben zu machen, wäre ein zu starker Eingriff in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten zumal die Rahmenbedingungen in den verschiedenen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich sind. Über die Höhe von Renten sollen die EU-Mitgliedstaaten auch in Zukunft selbst entscheiden.

IV. Energie

Frage: Die Strompreise ziehen an, was ist denn eine gute, alternative Möglichkeit zur Kernenergie? Der Ausbau erneuerbarer Energien kommt nicht hinterher, stattdessen greifen wir noch immer auf Kohle und Gas zurück, die die Umwelt deutlicher belasten als die Kernenergie.

Wir wollen einen europäischen Energie-Binnenmarkt schaffen, der Versorgungssicherheit und Klimaneutralität zum Ziel hat.

Mit dem Aufbau einer transnationalen Infrastruktur und einer gemeinsamen Rohstoffstrategie wollen wir Unabhängigkeit zurückgewinnen und europäische Resilienz schaffen. Wir setzen auf technologieoffene, innovative Konzepte und auf marktbasierende Instrumente anstelle von Verboten. Denn mit einer vermeintlich grünen Politik, die zur Abwanderung der europäischen Industrie führt, verlagern wir zwar das Problem, die CO₂-Emissionen werden wir weltweit damit jedoch nicht verringern.

Die Energieversorgung muss europäisch gedacht werden. Zum europäischen Energiemix gehört auf absehbare Zeit deshalb neben den erneuerbaren Energien auch die Kernenergie - wir können auf diese Option derzeit nicht verzichten.

V. Digitalisierung

Frage: Was können Sie und Ihre Fraktion im Parlament der EU bewegen, so dass unsere technische Ausstattung hier in der Schule besser wird? Es kommt der Eindruck auf, dass das Politikern nicht wichtig erscheint.

Digitalisierung, Inklusion und Integration sind Beispiele für Entwicklungen, die das Schulleben heute prägen. Damit Schule und Unterricht diese Aufgabenvielfalt erfolgreich gestalten können, ist eine moderne technische Ausstattung unerlässlich.

Mit dem Digitalpakt zum technischen Ausbau der Schulen unterstützt der Bund Länder und Gemeinden mit rund 6,5 Milliarden Euro bei Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur.

Der Digitalpakt ist im Jahr 2019 für fünf Jahre aufgelegt worden und läuft somit Mitte Mai dieses Jahres aus - eine Anschlussfinanzierung fehlt bislang.

Wir fordern die Fortsetzung des Digitalpaktes um weitere fünf Jahre, wobei sich das Finanzvolumen mindestens am Digitalpakt I orientieren soll. Hinsichtlich der Digitalisierung von Schulen dürfen keine weiteren Mittel gekürzt werden. Es braucht dringend eine Antwort des Bildungsministeriums wie es mit dem Digitalpakt weitergehen wird. Die Verhandlungen des Digitalpakts 2.0. dürfen nicht länger verzögert werden. Um die Planungssicherheit der Schulen nicht zu beeinträchtigen ist eine Einigung bis Juni 2024 unerlässlich.

Seit 2019 profitierten rund 28.000 Schulen in ganz Deutschland von dem Digitalpakt.

VI. Entwicklungshilfe

Frage: Können Sie uns erklären, warum die Regierung rund 12 Milliarden Euro jährlich in Entwicklungshilfe investiert, während hierzulande Probleme bestehen, den Haushalt nicht zu sehr zu überziehen? Sollte nicht gerade dort eingespart werden?

Erfolgreiche Entwicklungshilfe ist in unserem eigenen Interesse, etwa wenn es um Friedenssicherung, Konfliktvorbeugung und -lösung, Gefahrenabwehr, um die Verringerung von Fluchtursachen oder den globalen Klima- und Gesundheitsschutz geht - Entwicklungspolitik ist Sicherheitspolitik.

Aus diesem Grund sind wir gegen die von der Ampel-Regierung beschlossenen Kürzungen der Entwicklungshilfe. So kann Inaktivität im Krisenfall, wie z. B. bei der Ernährungssicherung, weitere illegale Migrationsbewegungen auslösen. Passiert ist dies 2015, als die UN die Rationen in Flüchtlingslagern im Nahen Osten kürzen musste, weil sie keine Mittel mehr hatte.

Die Entwicklungshilfe der Bundesregierung läuft in eine völlig falsche Richtung. Statt Kürzungen bedarf es einer genaueren Prüfung, um sicherzustellen, dass Entwicklungshilfen an deutsche Interessen geknüpft sind, statt an wertebasierte Logik.

Länder wie bspw. Indien, die mit einem Wachstum von 6% wirtschaftlich stark sind, über ein großes atomares Waffenarsenal verfügen und zudem enge Beziehungen zu Russland und China pflegen, sollten nicht länger Empfänger millionenschwerer Entwicklungshilfe aus Deutschland sein.

VII. Migration

Frage: Wie planen Sie die Asylpolitik zu gestalten, um eine humane und gerechte Behandlung von Asylsuchenden zu gewährleisten?

Von der legalen Zuwanderung von Fachkräften profitieren wir in Deutschland und Europa. Diese wollen wir durch die digitale Bearbeitung und die schnelle Erteilung von Arbeitsvisa erleichtern.

Wir stehen zu unserer humanitären Verpflichtung, verfolgten Menschen zu helfen. Dies geht jedoch nur, wenn wir die irreguläre Migration stoppen. Ein funktionierender Schutz der EU-Außengrenzen ist hierfür Grundvoraussetzung. Das Europäische Parlament hat aus diesem Grund im April für schärfere Asylregeln gestimmt.

So soll die europäische Grenzschutzagentur Frontex zu einer echten Grenzpolizei werden. Auch wollen wir das Konzept der sicheren Drittstaaten umsetzen, wodurch Asylschnellverfahren an den Außengrenzen durchgeführt werden, bevor Asylsuchende in die EU einreisen.

Wir müssen als Europäer die Kontrolle über unsere Grenzen behalten und wissen, wer in die EU einreist. Die neuen Regeln ermöglichen ein geordnetes Verfahren und ein gerechtes Asylsystem.

VIII. Migration

Das Correctiv-Magazin berichtete im Januar über Remigrationspläne in Verbindung mit der AfD.

Muss ich mir als Mensch mit Migrationshintergrund Sorgen machen, dass man mich in das Herkunftsland meiner Eltern zurückbringt?

Wären Abschiebung von Menschen, die kein Asyl erhalten haben, nicht notwendig?

Sollten ausländische Kriminelle nach Verbüßung Ihrer Strafe in Ihre Herkunftsländer abgeschoben werden?

Die AfD ist keine Alternative für Deutschland – und auch nicht für Europa.

Die deutsche Staatsangehörigkeit ist im Grundgesetz besonders geschützt, unabhängig davon, ob ein Migrationshintergrund vorliegt oder nicht. So heißt es im Artikel 16: "Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden."

Die von der AfD geäußerten Pläne sind ganz klar verfassungswidrig. Dies gilt ebenso für Menschen mit gültiger Aufenthaltserlaubnis. Sie sind vor einer Abschiebung rechtlich geschützt.

Wurde ein Asylantrag jedoch abgelehnt, ist man ausreisepflichtig. Für die Ausreise wird eine Frist vorgegeben. Verstreicht diese Frist, ohne dass Hinderungsgründe oder eine Duldung vorliegen, ist eine Abschiebung unumgänglich.

Kriminelle Ausländer sollen konsequent abgeschoben werden.

IX. Bildung

Frage: Was gedenken Sie und Ihre Fraktion für den Ausbau von Schulen und die Beseitigung der vielen Mängel zu tun? Unsere Schule wartet seit Jahren vergeblich auf Gelder. Die Heizungen sind uralte, die Räume und die Ausstattung mehr als überholt. Die technische Ausstattung ist veraltet und kaum vorhanden.

Bildung ist vor allem Ländersache, wobei Bund und Bundesländer auch zusammenarbeiten, ein Beispiel hierfür ist der bereits erwähnte Digitalpakt zur Modernisierung der Bildungsinfrastruktur (s. Frage 5).

In NRW hat die CDU in den Haushaltsgesprächen den Schuletat von Einsparbemühungen ausgenommen. Der Schulhaushalt ist auch in diesem Jahr gestiegen und bleibt der größte Einzeletat der Landesregierung.

X. Gesundheit

Die Linke spricht sich für eine gemeinsame Gesundheitspolitik auf Ebene der Europäischen Union und ein System einer gemeinsamen Krankenversichertenkarte aus. Wie stehen Sie und Ihre Fraktion zu diesem Vorschlag?

Wir wollen eine Gesundheitsunion schaffen, die jedoch nicht zu einer Vereinheitlichung der Gesundheitssysteme führt.

Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz bieten große Chancen. Diese Potenziale gilt es im europäischen Schulterschluss bestmöglich auszuschöpfen. Wir brauchen eine europäische Gesundheitsunion, die Wissen und Innovationen ermöglicht und austauscht. Dazu wollen wir die Initiativen zu einem echten Europäischen Gesundheitsdatenraum vorantreiben und die digitale Europäische Patientenakte umsetzen.